

ihre verausgabten 295 000 Sing. Dollar nicht ins Meer geworfen sehen. Der Schuldige ist bereits gefunden: Es sind die unkooperativen männlichen Singapureaner. So werden inzwischen im Parlament Überlegungen angestellt, männliche Graduierte aus dem Ausland zu "importieren". Ihnen würde im Falle einer entsprechenden Eheschließung die permanente Aufenthaltserlaubnis und die Staatsbürgerschaft garantiert.

Das Prioritätenschema bei der Zulassung zur Grundschule für graduierte Mütter mußte inzwischen wegen seiner Unpopularität wieder aufgehoben werden (vgl. SOA-Informationen Nr. 2/1985).

Die ideologische Wende beginnt sich auch im Alltag auszuwirken. In den Medien sind Männer "Männer" und Frauen "Mütter", bzw. "graduierte" und "nicht graduierte" Mütter. Manche öffentliche Institutionen bestehen darauf, daß verheiratete Frauen in der Belegschaft nicht länger ihren eigenen Nachnamen benutzen dürfen (bisher änderte

sich der Name der Frau bei der Eheschließung nicht), sondern den des Mannes oder beide zusammen.

Es ist in der Tat eine gewisse Ironie, daß dieselbe Regierung, die noch 1959 Frauen aus ihren feudalen Fesseln befreien wollte, nun darüber lamentiert, daß die Zeit der doppelten Maßstäbe für Männer und Frauen vergangen ist. Auch im Bereich der Frauen gilt für Lee Kuan Yew jetzt "Look East":

"Es mag Sie interessieren, daß die Japaner die Pille verboten haben und sie ist es immer noch. Wenn Geburtenkontrolle erwünscht ist, dann muß man auf die altbewährten Kondome zurückgreifen, die sie in den verschiedensten Farben haben. Es hat bei mir 15 Jahre lang gedauert das Geheimnis dieses Schrittes zu verstehen. (...) Sie haben ihre Werte beibehalten - Treue, Keuschheit; mag sein, daß es altmodische Maßstäbe sind ..., aber die Integrität der Familien ist gewahrt". (Straits Times vom 2. März 1985).

Übersetzt und zusammengestellt von Susanne Wycisk

NACHRICHTEN

BRITISCHE TORIES LIEBAUGELN MIT SINGAPURS GEWERKSCHAFTEN

Wenn die Tories so dürften, wie sie wollten, würden sie es der Regierung von Singapur gleichtun. Sie würden die freien Gewerkschaften abschaffen und eine leere Hülse bewahren, damit die Regierung für sich in Anspruch nehmen könne, ein freies Land zu regieren. Zu diesem Schluß kommt SIMBA, die "Singaporean and Malaysian British Association" in einem Vergleich der Gewerkschaften von Singapur und Großbritannien. Anlaß dieses Vergleichs war das Lob, das Singapurs Premier Lee Kuan Yew Margaret Thatcher anlässlich ihres Besuchs im Frühjahr dieses Jahres aussprach.

Die Regierung von Singapur - so SIMBA - gebrauche ebenso wie die Thatcher-Regierung ihre gesetzgebende Kompetenz, um die Gewerkschaftsbewegung mit dem Ziel zu schwächen, sie letztlich als wirksame, unabhängige Kraft auszurotten. Singapur habe damit allerdings schon in den sechziger Jahren begonnen und im Gewerkschaftsgesetz von 1967 z.B. Sympathiestreiks untersagt. Auch in England habe man begriffen, wie wichtig Sympathiestreiks für die Gewerkschaftsbewegung seien und diese 1980 stark eingeschränkt.

Durch das Gewerkschaftsgesetz von 1984 ist auf den britischen Inseln auch die Einrichtung eines politischen Fonds stark reglementiert worden: Sie ist nur dann legal, wenn in den letzten 10 Jahren dazu

eine Urabstimmung stattgefunden hat. In Singapur ist man weniger subtil: Gewerkschaftliche Fonds für politische Zwecke sind hier grundsätzlich verboten.

Ein weiteres Beispiel ist der Versuch der britischen Regierung, nach und nach Hausgewerkschaften einzuführen, um auf diese Weise - wie in der ehemaligen Kolonie - die Arbeiterklasse zu spalten und sie dazu zu bringen, sich mit den jeweiligen Firmen zu identifizieren.

Ebenso wie in Großbritannien waren die Gewerkschaften in Singapur einmal groß und aktiv. Noch 1962 waren 43 % der Arbeiterschaft gewerkschaftlich organisiert und erfolgreich im Kampf um die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen gewesen.

"Es ist nützlich für uns", schließt SIMBA, "daß wir uns am Beispiel Singapur vorstellen können, was die Regierung mit uns vorhat. Noch leben wir unter leichteren politischen und ökonomischen Bedingungen. Deshalb muß es natürlicher Bestandteil gewerkschaftlicher Solidarität sein, die Forderung nach freien Gewerkschaften in Singapur zu unterstützen."

SIMBA No. 1

GESETZ ZUR ENTZIEHUNG DER STAATSBÜRGERSCHAFT GEPLANT

In Singapur wird eine Verfassungsänderung erwogen, die es ermöglichen soll, Singapureanern die Staatsbürgerschaft zu entziehen,

- die älter als 18 Jahre sind,
- Singapur vor mehr als zehn Jahren verlassen haben,
- im Besitz eines nicht von Singapur ausgestellten Reisedokuments sind,

blätter des iz3w
informationszentrum dritte welt - iz3w

Schwerpunktthema:

Nordkorea



Nr. 127 · August 1985

Zentralafrikanische Republik

DDT-Lüge

Traditionelle Landwirtschaft in Peru

Rede von J. Nyerere

Gespräche mit A. G. Frank/ I. Wallerstein

Nachrichten und Berichte zu:

Uruguay

Peru

Libanon

Sri Lanka

Einzelpreis DM 5,-; Jahresabo: DM 40,-
(DM 30,- für einkommensschwache Gruppen) bei 8 Ausgaben im Jahr.
Informationszentrum Dritte Welt,
Postfach 5328, 7800 Freiburg

- deren zehnjährige Abwesenheit einer auf Dauer angelegten Auswanderung gleichkommt.

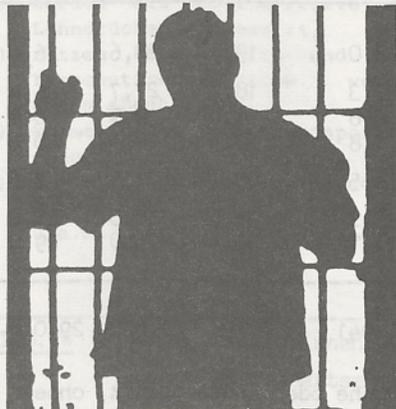
Ausgenommen von dieser Regelung sollen beruflich bedingte Auslandaufenthalte werden. Mit dieser Gesetzesänderung beabsichtigt die Regierung von Singapur, dem verstärkten Rückwanderungsdruck ehemaliger Singapureaner und solcher Rückwanderungswilliger, deren Staatsangehörigkeit ungeklärt ist, zu begegnen. Erfasst werden soll ein Personenkreis, der Singapur zwischen 1950 und 1960 verlassen und inzwischen jegliche Beziehung zum Stadtstaat verloren hat.

Auf die schriftliche Anfrage des Abgeordneten Suhr antwortete der Staatsminister im Auswärtigen Amt Möllemann, der Gesetzentwurf sei mit der Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen nicht unvereinbar, da er eine Anhörung der Betroffenen und eine Rechtsweggarantie vorsehe, und es sich damit nicht um einen "willkürlichen Entzug der Staatsangehörigkeit" handle (Art. 15, Abs. 2 Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen).

- vgl.: schriftliche Antwort von J.W. Möllemann auf die Anfrage des MdB Suhr

DER FALL CHIA THYE POH IM SINGAPURISCHEN PARLAMENT

Vor 19 Jahren wurde Chia Thye Poh, Physikozyent an der Nanyang-Universität und Mitglied der oppositionellen Barisan Sosialis, unter dem Vorwurf verhaftet, Mitglied der Kommunistischen Partei Malaysias zu sein, in deren Auftrag Barisan Sosialis zu infiltrieren sowie subversive Aktionen durchzuführen. Bis heute ist weder Anklage gegen ihn erhoben noch ein Gerichtsverfahren eröffnet. Er liegt in einer unterirdischen Zelle, wird allmählich blind und leidet möglicherweise an Tuberkulose.



Auf Betreiben seines 70jährigen Vaters Chia Kip Kin kramte am 16.5. einer der zwei Oppositionsabgeordneten im singapurischen Parlament, Jeyaretnam, den in der Öffentlichkeit vergessenen Fall des mutmaßlich letzten politischen Gefangenen in Singapur wieder hervor. Der Innenminister Jayakumar wiederholte in seiner Antwort lediglich die altbekannten vagen Anschuldigungen, ohne konkrete Beweise vorzulegen. Jeyaretnam wurde danach lediglich in seiner Eigenschaft als (kurzerhand ernannter) Anwalt Chias - aber nicht als Parlamentarier - am 10.7. ein Besuch im Gefängnis gestattet.

Chia Kip Kin klagt in einer Pressemitteilung: "19 Jahre sind eine lange Zeit. Als er verhaftet wurde, war Thye Poh in seinen Zwanzigern, ein junger Mann. Jetzt ist er weit über vierzig. Sein Haar wird grau ..."

- vgl. MB 1. Aug. 1985, S. 21; Presserklärung von Chia Kip Kin, 13.7.1985

KEINE NACHMITTAGSZEITUNG MEHR

Der Zeitungsmarkt in Singapur wird immer enger. Die Bewohner des Stadtstaates müssen ab sofort ohne Nachmittagszeitung auskommen. Nach drei Erscheinungsjahren stellte am 14. Juli der "Singapore Monitor" sein Erscheinen ein. Begründung: steigende finanzielle Verluste. Das Verschwinden des "Singapore Monitor" von den Zeitungskiosks bedeutet, daß zum ersten Mal seit fast vier Jahrzehnten nur noch eine englischsprachige Zeitung, die "Straits Times" den Markt beherrscht. Die Konkurrenten von der "Straits Times" bedauerten den Tod des Rivalen und boten sofort Arbeitsplätze für einen Teil der Monitor-Belegschaft an.

"Wenn es sich um eine unabhängige Zeitung gehandelt hätte, wäre es ein Verlust. Aber der Monitor war Sprachrohr der Regierung, die immer noch über ein weiteres Sprachrohr verfügt", kommentierte Oppositionsabgeordneter Jeyaretnam die Einstellung des Monitors. In der Tat war die Konkurrenz der seriösen Morgenzeitung zu dem Nachmittags-Boulevardblatt so groß nicht gewesen. Denn: Genau ein Jahr zuvor hatten sich die beiden großen Verlagshäuser Singapurs und Herausgeber der beiden englischsprachigen Zeitungen, zur "Singapore Press Holding" (SPH) zusammengeschlossen (vgl. SOA-Informationen, Nr. 0/1984).

Beim "Monitor" war man allmählich unzufrieden mit der Rolle des Nachmittags-Boulevardblattes geworden und begann in den Monaten



Chia Kip Kin, The Government should release my son unconditionally, A statement for the press by Chia Kip Kin, father of Political Detainee Chia Thye Poh, Singapore, 13/7/85

German Quest for Greener Pastures, Expansion Plans, West German Computer Company Nixdorf sees Singapore's Open Door Policy as a Chance to Break Japanese Dominance in the Asia-Pacific Region; in: MB, 16.6.1985, S. 27

Les Millado, Singapore - Anatomy of a City-State; in: Balai, No. 12/85, S. 28

David Neller, Lee's Lapdogs - Singapore's Trade Unions, in: IA, Nos. 3/4, Juni-Aug. 1985, S. 25-27

John Platt, Social Class, Ethnicity and Language Choice: Language Use in Major Shopping Areas in Singapore; in: SEASS, Vol. 13, No. 1 (1985), S. 61-81

steigender finanzieller Schwierigkeiten den Start einer Morgenausgabe für Ende des Jahres zu planen.

Die Kritik Jeyaretnams wurde auch von einem PAP-Hinterbänkler aufgegriffen, der von einer "gefährlichen Monopolsituation" sprach.

- vgl. FEER vom 25.07.1985, S. 14, AW vom 26.7.1985, S. 32f

PADERBORN BLEIBT IM GESCHÄFT NIXDORF IN SINGAPUR

Singapurs neue Politik der offenen Tür für ausländische Investoren trägt deutsche Früchte. Die Paderborner Computerfirma Nixdorf gründet ein Werk mit zunächst 300 Arbeitskräften in einem Land, von dem sein Finanzminister Tony Tan sagt, daß in ihm Investoren 'sicher sein können, Geld zu verdienen'. Genau das hat Nixdorf auch vor.

In der gesamten Asien/Pazifik-Region soll die Dominanz der software-schwachen Japaner gebrochen und dem "Zick-Zack-Kurs" der Amerikaner deutsche "Beständigkeit" entgegengesetzt werden. Aus dem Bankgewerbe, das bekanntlich Beständigkeit schätzt, sind schon einige dicke Aufträge an Land gezogen worden (Jakarta, Bangkok, Australien). Dieselbe Beständigkeit erwartet das Paderborner Unternehmen auch bei den Gewinnen; der Umsatz jedenfalls soll in der Region in diesem Jahr um 86 % steigen.

Das neue Werk in Singapur, das u.a. Tastaturen, Drucker und Disketten in Vertragsproduktion nach Paderborn liefern soll, paßt in den Kontext der arbeitsintensiven und subventionierten Industrie Singapurs - 1 kg Luftfracht nach Deutschland z.B. kostet ganze 4 DM.

- vgl. MB 16. Juni 1985, S. 27

Literaturhinweise

Heinz Riedlinger, Bewegung zur Verbreitung des Hochchinesischen in Singapur; in: ASIEN, Nr. 14, Juli 1985, S. 75-83

Siew Yu, Singapore: The "Miracle" Falts; in: AfAs, Aug. 1985, S. 24f

Singapore: Bracing for a Rough Ride; in: AW, 23. Aug. 1985, S. 13-16

Singapore: Challenge and Response; in: FEER, 11. Juli 1985, S. 34-40

Singapurs Schiffahrt und Werften in der Krise; in: SOAA, Mai 1985, S. 194f

Testing Times for Singapore's Economy; in: AW, 5. Juli 1985, S. 28-40